



Erklärung der Freisinger Bischofskonferenz

Beitrag

Von der Herbstvollversammlung der bayerischen Bischöfe in München vom 6. bis 7. November 2019 wird vom Erzbischöflichen Ordinariat nachfolgende Erklärung bekanntgegeben.

1. Kompetenzzentrum für Demokratie und Menschenwürde wird ausgebaut

Die katholische Kirche in Bayern verstärkt ihr Engagement gegen Extremismus und Populismus. Im Frühjahr 2018 hatte die Freisinger Bischofskonferenz das Kompetenzzentrum Demokratie und Menschenwürde an den Standorten Freising und Nürnberg zunächst befristet auf zwei Jahre gegründet. Mit der Arbeit in diesen Kompetenzzentren soll rassistischen, antisemitischen, menschenverachtenden, rechts- und linksextremistischen Tendenzen deutlich entgegen getreten werden. Das Kompetenzzentrum hat sich in den eineinhalb Jahren seiner Existenz einen exzellenten Ruf erarbeitet. Es unterstützt im Besonderen Katholikinnen und Katholiken in Bayern mit seiner Arbeit, indem es ihre Kompetenzen für das Eintreten für Demokratie und Menschenwürde stärkt. Drei Handlungsfelder stehen im Mittelpunkt: Veranstalten und bilden – Vernetzen und erweitern – Vermitteln und beraten.

Aufgrund der Vielzahl der Anfragen aus dem kirchlichen, aber auch außerkirchlichen Bereich haben die bayerischen Bischöfe beschlossen, die Stellen an beiden Standorten aufzustocken und das Zentrum unbefristet fortzuführen.

Die katholische Kirche nimmt das Problem des Extremismus und Populismus ernst. Vor dem Hintergrund der aktuellen Geschehnisse (u. a. Anschlag in Halle, Zunahme des Antisemitismus, Wahlergebnisse) ist es umso wichtiger, dass sich die Kirche mit ihrem Menschenbild gesellschaftlich einbringt.

2. Katholische Hochschullandschaft

2.1. Neuer Studiengang Hebammenkunde erfolgreich gestartet

Hebammen leisten einen sehr verantwortungsvollen Dienst im Gesundheitswesen. Ihre Aufgaben bei der Beratung, Betreuung und Beobachtung von Frauen während der Schwangerschaft, bei der Geburt

und während der Stillzeit sowie die Untersuchung, Pflege und Überwachung von Neugeborenen erfordern eine Vielzahl an Kenntnissen. Diese werden nun seit dem laufenden Wintersemester im Rahmen eines sieben Semester umfassenden Studiums an der Katholischen Stiftungshochschule München (KSH) in Lehrkooperation mit der Ludwig-Maximilian-Universität und deren Staatlicher Berufsschule für Hebammen angeboten. Die KSH ist eine von zunächst drei Hochschulen in Bayern, die einen Bachelorstudiengang Hebammenkunde eingerichtet haben. An der KSH gab es für den Studiengang 190 Bewerbungen, 27 Studierende haben dieses Wintersemester das Studium der Hebammenkunde aufgenommen.

Die KSH München hat sich als eine der renommiertesten Hochschulen in den Bereichen Soziale Arbeit, Kindheitspädagogik, Religionspädagogik, Gesundheit und Pflege positioniert. Im Studienjahr 2020/21 soll als nächster Schritt der primärqualifizierende Studiengang Pflege eingerichtet werden. Die KSH leistet damit als katholische Hochschule einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung des Fachkräftemangels und der akademischen Qualifizierung der zukünftigen Fachkräfte im Gesundheitssektor. Sie will zur inhaltlichen Entwicklung junger akademischer Disziplinen und Professionen beitragen, indem sie ausgehend vom christlichen Menschenbild eine ethisch fundierte Haltung bei den Studierenden genauso fördern möchte wie wissenschaftlich fundierte Professionalität, exzellentes Handlungswissen und berufliche Fertigkeiten.

2.2. Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

Auf dem Weg zur angestrebten Vollmitgliedschaft in der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) kann die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU) weiter auf Erfolge verweisen. Wie der Vorsitzende des Stiftungsrates Prälat Peter Beer den Bischöfen berichtete, konnte die KU ihre Drittmiteinnahmen in den vergangenen Jahren kontinuierlich steigern. In diesem Jahr wird die Summe voraussichtlich rund 8,5 Millionen Euro betragen.

Künftig will die KU in der Forschung das Thema Digitalisierung noch stärker in den Blick nehmen. Unter dem Titel „Für eine am Menschen orientierte digitale Gesellschaft“ will die Universität den technischen Fortschritt mit dem gesellschaftlichen Wandel in Bezug setzen und dabei Chancen, Risiken und Herausforderungen benennen. Für dieses Programm erhält die KU aus Mitteln des Bundes sieben so genannte Tenure-Track-Professuren zur Unterstützung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Alle sieben von der KU beantragten Professuren in den Bereichen Soziologie, Mathematik, Psychologie, Journalistik, Sprachwissenschaft und Betriebswirtschaftslehre wurden bewilligt. Die Aufnahme der KU in das Programm des Bundesforschungsministeriums entspricht einem Fördervolumen von rund fünf Millionen Euro. Das Tenure-Track-Programm sieht für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach einer erfolgreichen Bewährungsphase den direkten Übergang auf eine unbefristete Professur vor.

Zum neuen Schwerpunkt Digitalisierung gehört auch ein Institut für Angewandte Mathematik, Maschinelles Lernen und Data Science, das die KU ab 2020 an ihrem Campus in Ingolstadt einrichten wird. Die Stadt Ingolstadt wird das Vorhaben unterstützen, indem sie über fünf Jahre lang drei Stiftungslehrstühle finanziert. Dafür sollen insgesamt 3,75 Millionen Euro fließen. Die drei zusätzlichen Professuren sind in den Bereichen Maschinelles Lernen, Technomathematik und Geomatik vorgesehen – allesamt wichtige Disziplinen für den Bereich der Künstlichen Intelligenz.

3. Flucht und Migration

Menschen in Not zu helfen, ist für uns Christinnen und Christen ein Auftrag und ein Akt der Barmherzigkeit. Deshalb haben wir Hochachtung vor den Menschen, die Flüchtlinge bei der lebensgefährlichen Überquerung des Mittelmeers vor dem Ertrinken retten. Das europäische Gemeinwesen ist offenbar nicht in der Lage, seine Außengrenzen so zu organisieren, dass nicht jedes Jahr Tausende ums Leben kommen. Solange es den staatlichen Behörden nicht gelingt, hier zu handeln, ist es besonders wichtig, den Beitrag der zivilen Seenotrettung im Kampf gegen die anhaltende humanitäre Katastrophe zu unterstützen. Um das große Engagement der privaten Initiativen zu würdigen, um für die Helfer und vor allem für die Menschen auf der Flucht und die Ertrunkenen zu beten, lädt die katholische Kirche gemeinsam mit der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Bayern die Menschen am Samstag, 14. Dezember, um 14 Uhr, zu einem ökumenischen Gottesdienst in den Münchner Liebfrauendom ein.

Die Bischöfe wissen, dass Seenotrettung keine politische Lösung für die Herausforderung der Migration ist. Es braucht dazu Hilfe vor Ort, die viele katholische Hilfswerke leisten, damit die Menschen in ihrer Heimat bleiben können. Ziel muss sein, dass die Menschen in ihren Herkunftsländern ohne Verfolgung, Hunger und Not leben können. Die politisch Verantwortlichen sind aufgefordert, sich für die Bekämpfung von Fluchtursachen wie Krieg oder Klimawandel einzusetzen. Die Bischöfe appellieren zudem an die Bundesregierung, sich auf der Ebene der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass staatliche Organisationen ihr Engagement in der Seenotrettung wiederaufnehmen.

4. Klimaschutz

Die Bischöfe haben anerkennend den Abschlussbericht eines von ihnen und dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz kofinanzierten Projekts entgegengenommen, mit dem unter dem Titel „Klimaschutz braucht Bildung“ die Katholische Erwachsenenbildung Bayern und die Umweltbeauftragten der bayerischen (Erz)Bistümer im Verlauf von zwei Jahren eine landesweit tragfähige Struktur zur Einführung von kirchlichen Umweltmanagementsystemen etablierten. Ziel war es, vor Ort in den Pfarrgemeinden und Einrichtungen die personelle Basis zu erweitern und ehrenamtliche Mitarbeiter zu qualifizieren. Es wurden 150 Auditoren und 30 Umweltmanager ausgebildet. Damit wird das breite Engagement der vielen kirchlichen Gruppen zur Bewahrung der Schöpfung weiter gestärkt. Umweltmanagement ist praktizierter Klimaschutz und ein bewährtes Mittel zur Reduktion des ökologischen Fußabdrucks von Pfarreien und kirchlichen Einrichtungen. Damit nehmen die bayerischen (Erz)Bistümer zudem eine aktive Rolle in der Bayerischen Klima-Allianz ein, der sie Anfang 2007 als damals zweiter Bündnispartner der Bayerischen Staatsregierung beigetreten sind und die kommende Woche ihr 15-jähriges Bestehen feiert.

Die Bischöfe haben sich über die Ergebnisse der kürzlich in Rom zu Ende gegangenen Amazonas-Synode informieren lassen, bei der die Schöpfungsbewahrung insbesondere mit Blick auf den Regenwald im Zentrum stand. Sie tauschten sich dabei auch über die Konsequenzen aus, die aus dem Volksbegehren zum Erhalt der Artenvielfalt in Bayern und den Debatten am daraus folgenden so genannten Runden Tisch erwachsen. Artenschutz, der Schutz des einen Hauses von Gottes Schöpfung, darüber bestand große Einigkeit unter den Bischöfen, ist eine drängende Herausforderung am Amazonas wie in Europa. Die Bischofskonferenz beschloss, dass kirchliche Träger mit Landbesitz einen aktiven Beitrag zum Arten-, Wasser-, Boden- und Klimaschutz leisten sollen. Sie beauftragte eine Arbeitsgruppe, bis zur nächsten Vollversammlung ein Maßnahmenpaket zu entwickeln und zum

Beschluss vorzulegen, mit dem Kirche als Landeigentümerin wie Verbraucherin ihrer Verantwortung gerecht werden kann. Die Arbeitsgruppe soll kirchlich Verantwortliche ebenso einbeziehen wie Vertreter aus Politik, Landwirtschaft und Umweltschutz. Die Maßnahmen sollen im Frühjahr 2020 in Kraft gesetzt werden.

6. Geschäftsbericht des Überdiözesanen Fonds Bayern

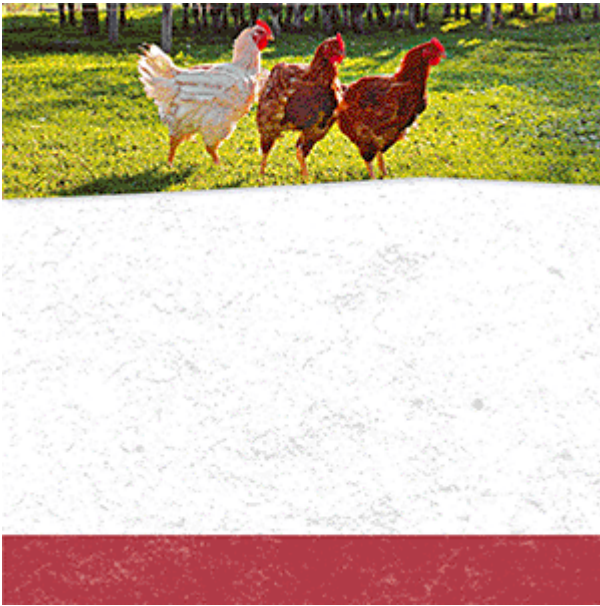
Die bayerischen Bistümer stärken ihre Kooperation und verbessern die finanzielle Transparenz bei den von ihnen gemeinsam im Freistaat wahrgenommen Aufgaben. Die Bischöfe hatten dazu bereits im Herbst 2017 bei ihrer Vollversammlung beschlossen, die Förderung und Wahrnehmung überdiözesaner Angelegenheiten rechtlich neu zu ordnen. Die (Erz-)Diözesen Bamberg, München und Freising, Augsburg, Eichstätt, Passau, Regensburg und Würzburg gründeten dazu zum 1. Januar 2018 einen Zweckverband mit dem Namen „Überdiözesaner Fonds Bayern“ (ÜDF), dem die Staatsregierung den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts verliehen hatte. Diese Körperschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar kirchliche, mildtätige und gemeinnützige Zwecke, die selbstverständlich allen Menschen offen stehen. Der ÜDF fördert mehr als 60 Institutionen. Zuschüsse erhalten beispielsweise die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, die Katholische Stiftungshochschule oder die Katholische Akademie in Bayern, aber auch Einrichtungen wie die Landesstelle für Katholische Jugendarbeit. Landesverbände etwa des Sozialdiensts katholischer Frauen oder des Katholischen Deutschen Frauenbundes sind ebenfalls Zuschussnehmer. Der Zweckverband ÜDF Bayern verfügt über kein eigenes Vermögen, sondern er finanziert sich ausschließlich aus den Einzahlungen der bayerischen Diözesen, die ihrerseits ihre ÜDF-Beiträge aus Kirchensteuern finanzieren. Die Körperschaft veröffentlicht für das Jahr 2018 nun erstmals und fortan jährlich einen Jahresabschluss und einen Lagebericht. Dabei kommen die Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) vollständig zur Anwendung. Der Lagebericht liegt bei der Pressekonferenz zur diesjährigen Herbstvollversammlung auf und wird auch im Internet veröffentlicht.

7. Personalie

Die bayerischen Bischöfe haben Prälat Lorenz Wolf erneut für fünf Jahre mit der Leitung des Katholischen Büros Bayern (KBB) beauftragt. Der Münchner Offizial und Domdekan steht seit 2010 an der Spitze des KBB, das die Interessen der katholischen Kirche gegenüber Politik und gesellschaftlichen Gruppen vertritt. In dieser Funktion koordiniert er die Arbeit der Freisinger Bischofskonferenz. Er tritt seine nunmehr dritte Amtszeit an.

Bericht: Erzbischöfliches Ordinariat

Foto: Hötzelsperger – Dom zu Freising



Kategorie

1. Kirche

Schlagworte

1. Bayern
2. München-Oberbayern